



Nr. 28

07.09.2017

Inhalt

Bundestagswahl

[Neue Regierung muss Befristungen im öffentlichen Dienst eindämmen](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Thüringen: Besoldungserhöhung beschlossen](#) +++

[DBB NRW begrüßt Gesetzentwurf zur Frauenförderung](#) +++

[dbb sh fordert Wertschätzung für den gesamten öffentlichen Dienst](#) +++

[Immer mehr Seiteneinsteiger als Lehrkräfte:](#)

[VBE sieht „pädagogische Misere“](#) +++

[Bildungsmonitor 2017: BLBS sieht Forderung nach besserer Ausstattung beruflicher Schulen bestätigt](#) +++

[DSTG-Chef Eigenthaler: „Bei KONSENS sind wir alle zum Erfolg verdammt“](#) +++

[DPVKOM gegen Einschränkung der Briefzustellung](#) +++

[GDL verärgert über „Chaos-Olympiade“ bei DB Cargo](#) +++

[DPoIG für mehr Videoüberwachung in der Hauptstadt](#) +++

[VBB: Weitere Bündelung von Dienstposten im gehobenen Dienst in Aussicht](#) +++

[Waldbericht 2017: BDF fordert einheitliche Strategie](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Bundestagswahl Neue Regierung muss Befristungen im öffentlichen Dienst eindämmen

„Nach der Bundestagswahl muss sich dringend die Befristungspraxis im öffentlichen Dienst ändern“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 5. September 2017.

Sachgrundlose Befristungen müssten endlich der Vergangenheit angehören. „Der öffentliche Dienst hat es am Arbeitsmarkt auch so schon schwer genug, Fachkräfte zu gewinnen. Deshalb dürfen die Dienstherrn mit unnötigen Befristungen nicht noch zusätzliche Unsicherheiten schaffen. Der Bund muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen, das wird eine wichtige Aufgabe der neuen Regierung“, so der dbb Chef. Natürlich gebe es immer Schwankungen bei der Personalstärke und Befristungen seien in einigen Fällen – etwa bei Elternzeitvertretungen – ein bewährtes Instrument. „Mit einer ordentlichen Aufgabenkritik und einer sachgerechten Personalplanung können Befristungen aber deutlich eingedämmt werden. Staatliche Aufgaben sind in der Regel dauerhaft zu erledigen – trotzdem ist die Befristungsquote höher als in der Privatwirtschaft. So kann es nicht weitergehen.“

Besonders dramatisch ist die Situation für junge Beschäftigte, die nach der Ausbildung oft

nur befristet übernommen werden. Die Vorsitzende der dbb Jugend, Karoline Herrmann, sagte: „Gerade die Jungen brauchen Perspektiven, wenn sie ein eigenes Zuhause suchen und Familien gründen wollen. Mit einem befristeten Arbeitsvertrag wird in vielen Regionen aber schon die Wohnungssuche zum Fiasko.“ Der öffentliche Dienst habe sich zu lange auf seinem Ruf als sicherer Arbeitgeber ausgeruht. „Die Bewerberzahlen gehen in allen Bereichen schon aufgrund des demografischen Wandels zurück. Die Privatwirtschaft hat das erkannt und wirbt mit vielen Vergünstigungen um den Nachwuchs. Deshalb muss der öffentliche Dienst endlich umsteuern und attraktive Arbeitsbedingungen schaffen. Dazu gehört an vorderster Stelle auch die unbefristete Übernahme nach einer erfolgreichen Ausbildung.“ Über das Thema „Befristungen im öffentlichen Dienst“ hat die dbb Jugend für ihre AusbildungsSTARTaktion 2017 im Bundestag mit Politikerinnen und Politikern gesprochen und die [Statements auf Video](#) festgehalten. (01/28/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen: Besoldungserhöhung beschlossen

Der Landtag in Thüringen hat die zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst auf die Landes- und Kommunalbeamten beschlossen. Dies sei „ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, sagte der Vorsitzende des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Helmut Liebermann, am 4. September 2017. Hervorzuheben sei, dass es erstmals seit der Föderalismusreform 2006 eine wesentliche Verbesserung des Gesetzentwurfs der Landesregierung durch das Parlament gegeben habe.

Der tbb bleibt aber bei seiner Kritik daran, dass die Übertragung zwar zeitgleich, aber nicht vollständig inhaltsgleich erfolge: Die pauschale Erhöhung der allgemeinen Zulage für die Besoldungsgruppen A6 bis A8 um 25 Euro plus die prozentuale Anhebung der Tabellenwerte entspreche nicht in vollem Umfang dem Mindestbetrag von 75 Euro, der im Tarifbereich zur Anwendung kommt. Dies sei eine „bittere Pille“, so Liebermann. Ein Ausgleich für die Einführung der Erfahrungsstufe 6 im Tarifbereich für die oberen Entgeltgruppen sei ebenfalls nicht vorgesehen.

Laut Landtagsbeschluss wird die Besoldung zum 1. Januar 2017 um 1,8 Prozent und zum 1. Januar 2018 um 2,35 Prozent erhöht (Der im Tarifvertrag festgelegte Prozentsatz für das Jahr 2017 von 2,0 Prozent ist wegen der Zuführungen zur Bildung der Versorgungsrücklage gegenüber dem Tarifabschluss um 0,2 Prozentpunkte vermindert). Anstelle der Mindesthöhung um 75 Euro, wie sie im Tarifvertrag vereinbart wurde, wird für die Besoldungsgruppen A6 bis A8 die allgemeine Zulage pauschal um 25 Euro erhöht. Die Anwärterbezüge steigen um einen Festbetrag in Höhe von 35

Euro. Die Lehrkräfte an der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule erhalten zudem die gleiche Zulage wie Beamte des Einsatzdienstes im Brand- und Katastrophenschutz. Außerdem wird die Justizvollzugszulage an die Polizeivollzugszulage angeglichen (65,54 Euro im zweiten Dienstjahr, 131,08 Euro ab dem dritten Dienstjahr).

Nachdem die rückwirkende Erhöhung ab April 2017 bereits unter Vorbehalt zur Auszahlung kam, sei jetzt auch der Weg frei für die rückwirkenden Zahlungen für die Monate Januar bis einschließlich März 2017, teilte der tbb mit. (02/28/17)

DBB NRW begrüßt Gesetzentwurf zur Frauenförderung

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) hat bei einer Anhörung im Landtag einen Gesetzentwurf zur Frauenförderung in Nordrhein-Westfalen begrüßt, da er Rechtssicherheit bringe. Die aktuell noch geltende Regelung der Vorgängerregierung habe seit ihrem Inkrafttreten für großen Unmut unter den Beschäftigten gesorgt, zahlreiche Klagen hervorgebracht und damit zeitweise einen praktischen Beförderungsstopp bewirkt, erklärte der Vorsitzender des DBB NRW, Roland Staude, am 4. September 2017.

„Die Regelung hat an der falschen Stelle angesetzt“, sagte Staude. „Die Benachteiligung von Frauen beginnt schon bei der Beurteilung, entsprechend muss eine wirkliche Frauenförderung auch dort ansetzen.“ Der nun vorgelegte Gesetzentwurf der neuen Landesregierung könne aber nur ein erster Schritt sein. „Denn die Benachteiligung von Frauen im öffentlichen

Dienst wird er nicht beseitigen können.“ Deswegen seien nun weitere Maßnahmen zwingend notwendig, insbesondere im Bereich des Beurteilungswesens. Die neue Landesregierung müsse wie angekündigt die Personalbeurteilungsrichtlinien kurzfristig evaluieren und auf dieser Basis ein Konzept für eine sachgerechte Frauen- und Familienförderung verwirklichen. (03/28/17)

dbb sh fordert Wertschätzung für den gesamten öffentlichen Dienst

In Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten Daniel Günther sowie den Ministern für Wirtschaft, Bernd Buchholz, Inneres, Hans-Joachim Grothe, und Soziales, Heiner Garg, hat der dbb schleswig-holstein (dbb sh) konkrete Maßnahmen für mehr Wertschätzung des gesamten öffentlichen Dienstes angemahnt. Gute Möglichkeiten dafür seien etwa die Rücknahme der Einschnitte beim Weihnachtsgeld oder der Anhebung der Arbeitszeit, hieß es am 31. August 2017 beim dbb sh.

Um die Funktions- und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, seien jedoch nicht nur gute Arbeits- und Einkommensbedingungen erforderlich. Auch die Verwaltungsstrukturen müssten sich an den Erwartungen der Bürger sowie den Belangen der Beschäftigten orientieren. Auch hier sei mit Blick auf teilweise überzogene bürokratische Abläufe und Doppelstrukturen noch Luft

nach oben. „Das Ziel muss eine aufgabengerechte Personalausstattung sein, was allerdings auch die Zurückhaltung der Politik bei der Ausweitung der Aufgaben oder aber das Ende der Zurückhaltung bei den Einstellungszahlen erfordert“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. (04/28/17)

Immer mehr Seiteneinsteiger als Lehrkräfte: VBE sieht „pädagogische Misere“

„Es gibt im Schulbereich eine hohe Zahl an Seiteneinsteigern und diese werden oftmals nicht oder ungenügend auf die pädagogischen Herausforderungen vorbereitet. Der Lehrermangel führt zu einer absurden Abwägung zwischen Unterrichtsversorgung und dem Anspruch der

Schülerinnen und Schüler auf pädagogische Qualität“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), am 31. August 2017.

Verantwortlich für diese Misere sei die Politik. Zunächst seien zu niedrige Schülerzahlprognosen gestellt, dann - darauf basierend - zu wenige Lehrkräfte ausgebildet worden. Nun müsste auf Seiteneinsteiger „in immenser Anzahl“ zurückgegriffen. Beckmann: „Fatal ist, dass das, was ursprünglich als Notlösung gedacht war, inzwischen zur Regel und damit Teil der Planung der Ministerien geworden ist. Unsere Gesundheit würden wir nicht in die Hände von Ärzten legen, die keine entsprechende Qualifikation haben – aber bei unseren Kindern kümmert die Politik diese halbgeare Ausbildung anscheinend nicht. Das ist aus Sicht der Kinder schlichtweg unterlassene Hilfeleistung.“ In Berlin seien mittlerweile 53 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte an Grundschulen Seiteneinsteiger, in Sachsen sind mehr als die Hälfte. Bei den bisherigen Einstellungen in Nordrhein-Westfalen habe die Quote von Seiteneinsteigern bei knapp 10 Prozent gelegen. Bei der Besetzung noch offener Stellen sei aber von einem Anstieg der Quote im Grundschulbereich auf bis zu 30 Prozent auszuge-

hen. Diese Personen würden ohne pädagogische Vorbildung direkt oder nach kurzer Qualifizierung eingesetzt. „Für die Profession der Lehrkräfte ist das ein verheerendes Zeichen, sagt es doch: Was die in fünf, sechs Jahren im Studium lernen, können andere ad hoc“, sagte Beckmann. Auch für die Seiteneinsteiger sei es von Vorteil, wenn sie pädagogisch qualifiziert würden.

Um des Lehrermangels endlich Herr zu werden, brauche es realistische Schülerzahlprognosen. Zudem müssten sich die Bundesländer verpflichten, ausreichende Studienkapazitäten zu schaffen, um den eigenen Bedarf für alle Schulformen zu decken. „Und nicht zuletzt muss der Lehrerberuf so attraktiv gestaltet werden, dass ihn viele junge Menschen gerne ausüben möchten“, so der VBE Chef. „Dazu gehört die Bereitstellung der Gelingensbedingungen genauso wie gute Perspektiven durch Fort- und Weiterbildung innerhalb der Dienstzeit und vor allem eine angemessene Einstiegsvergütung nach A13/EG13, unabhängig von Schulform und –stufe.“
(05/28/17)

Bildungsmonitor 2017: BLBS sieht Forderung nach besserer Ausstattung beruflicher Schulen bestätigt

„Die Studie zeigt, dass die Länder deutlich bei der Lehrerversorgung und gerade im Rahmen der Digitalisierung bei der Ausstattung der beruflichen Schulen nachbessern müssen“, sagte Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), am 5. September 2017 zum vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft herausgegebenen Bildungsmonitor 2017. „Das ist eine jahrelange Forderung des BLBS.

Grundsätzlich belege die Studie nämlich die herausragende Bedeutung der beruflichen Bildung, so Straubinger: „Wir freuen uns, dass alle Indikatoren zur beruflichen Bildung im Bildungsmonitor 2017 positiv bewertet worden sind.“ So zeige der Bildungsmonitor 2017, dass die Berufsausbildung in Deutschland maßgeblich am Erfolg des „Geschäftsmodells

Deutschland“ beteiligt ist. Das duale Berufsbildungssystem hat demnach einen positiven Einfluss auf den Übergang von der Schule in den Beruf und trägt wesentlich zur niedrigen Jugendarbeitslosenquote bei. International erfahre die deutsche berufliche Bildung große Anerkennung und steigende Nachfrage.
(06/28/17)

DSTG-Chef Eigenthaler: „Bei KONSENS sind wir alle zum Erfolg verdammt“

Bund und Länder werden beim IT-Einsatz in der Steuerverwaltung enger Zusammenwirken. Das umfasst laut dem entsprechenden KONSENS-Gesetz die Planung, Beschaffung und Entwicklung sowie den Einsatz, die Pflege und Wartung der einheitlichen IT-Verfahren und der einheitlichen Software. Bei einem Gespräch mit dem Hessischen Staatsminister der Finanzen, Thomas Schäfer, hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Thomas Eigenthaler, am 31. August 2017 alle Beteiligten zu einer kooperativen Zusammenarbeit jenseits von formalen Kompetenzvorschriften aufgerufen: „Bei KONSENS sind wir im Interesse der Beschäftigten alle zum Erfolg verdammt.“

Alle Akteure, einschließlich der Fachgewerkschaft und der Personalvertretungen, saßen bei dem Projekt in einem Boot. Den Beschäftigten in etwa 600 Finanzämtern sei an möglichst schnellen, effektiven und gut geprüften IT-Lösungen gelegen. Software, Hardware und Leitungen müssten auf neuestem Stand gehalten werden, damit die Beschäftigten die IT als Unterstützung wahrnehmen könnten. Dafür müssten alle Akteure an einem Strang ziehen, betonte Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist.

Auch gegenüber Schäfer wiederholte Eigenthaler zudem die Sorgen bezüglich der bevorstehenden Neubewertung von bundesweit etwa 35 Millionen Grundstückseinheiten aufgrund der hoffnungslos veralteten Einheitswerte, die die Basis der Grundsteuer sind. Eigenthaler wies auf die vielen offenen Fragen in

diesem Zusammenhang hin: „Wer soll das machen? Wie könnten neue Bewertungen aussehen? Welche IT-Unterstützung steht zur Verfügung?“

Eigenthaler lobte außerdem die zahlreichen Anwärter-Einstellungen in Hessen. Offensichtlich habe man die Notwendigkeit, den hohen Altersabgängen eine deutliche Einstellungsstrategie entgegen zu setzen. Nun gehe es aber auch darum, den jungen Leuten gute Perspektiven zu bieten. „Nicht nur holen, sondern die Leute auch halten“, sei das Gebot der Stunde, so der DSTG-Bundesvorsitzende. Dafür müsse etwa die Besoldungssituation fair und leistungsgerecht sein.

(07/28/17)

DPVKOM gegen Einschränkung der Briefzustellung

Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) hat von der Deutschen Post gefordert, einen Test mit neuen Zustelloptionen zu beenden. Dabei können Kunden auswählen, ob sie Briefe gesammelt an einem Wochentag, an drei Wochentagen oder an allen fünf Wochentagen – dann jedoch am Arbeitsplatz – erhalten wollen. „Wir fordern die Deutsche Post auf, dieses Pilotprojekt sofort zu stoppen“, sagte der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 4. September 2017.

So sei rechtlich zweifelhaft, ob die Deutsche Post mit dem Empfänger eines Briefes überhaupt eine andere Zustelloption vereinbaren könne. „Schließlich zahlt der Absender das Briefporto und geht damit einen Vertrag mit dem Unternehmen ein“, so der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer. „Dessen ungeachtet hat sich das Unternehmen in Anlehnung an die Postuniversaldienstleistungsverordnung selbst dazu verpflichtet, die postalische Grundversorgung an sechs Tagen in der Woche sicherzustellen. Daran darf nicht gerüttelt werden.“

Nach Auffassung der DPVKOM sei das Pilotprojekt ein weiterer Versuch des Unterneh-

mens, die Grundversorgung und Selbstverpflichtung sukzessive zu unterlaufen. Offensichtlich verfolge die deutsche Post mit einer ausgedünnten Zustellung das Ziel, Arbeitsplätze im großen Stil abzubauen und damit Personalkosten zu senken. „Es kann nicht sein, dass der Postvorstand seine völlig überzogenen Gewinnziele bis zum Jahr 2020 auf dem Rücken der Mitarbeiter und der Kunden erzielen will. So soll das operative Konzernergebnis bis dahin um durchschnittlich mehr als 8 Prozent pro Jahr gesteigert werden. Gegen eine solche Unternehmenspolitik werden wir uns wehren“, so Geyer.

(08/28/17)

GDL verärgert über „Chaos-Olympiade“ bei DB Cargo

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GD)L hat am 4. September 2017 die mangelhafte Organisation bei der Bahntochter DB Cargo angeprangert und von einer „Chaos-Olympiade“ gesprochen. Aus einem „angeblichen Personalüberhang zum Jahresanfang“ sei „auf einmal ein formidabler Personalunterbestand – insbesondere bei Lokomotivführern – geworden“, hieß es bei der GDL. Darüber seien verschiedene Pilotprojekte, bei denen eigentlich nur während einer zeitlich begrenzten Phase ein Sachverhalt erprobt werden solle, inzwischen Dauereinrichtungen.

Besonders scharf kritisierte die GDL die vom Arbeitgeber geplante „Energiespar-Olympiade (ES-Olympiade)“. „Fakt ist, dass gut ausgebildete Lokomotivführer den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen vollständig verinnerlicht haben“, so die GDL dazu in einem

Aushang. „Das bedeutet im Umkehrschluss, dass durch eine gute und zielgerichtete Ausbildung eine Energiespar-Olympiade gar nicht erst notwendig wäre und man sowohl Energie als auch unnötige Kosten einsparen könnte.“ (09/28/17)

DPOIG für mehr Videoüberwachung in der Hauptstadt

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), Rainer Wendt, hat am 1. September 2017 die Ankündigung des Berliner Innensenators Andreas Geisel begrüßt, die Videoüberwachung in der Hauptstadt auszuweiten. Demnach soll es an kriminalitätsbelasteten Orten entsprechende Technik geben und die Polizeipräsenz erhöht werden. Damit werde eine langjährige Forderung der DPOIG umgesetzt.

Wendt: „Gewerkschaftliche Forderungen zu entwickeln und in der Öffentlichkeit zu präsentieren steht am Anfang. Sie durchzusetzen ist schwierig und dauert mitunter lange Jahre. Dort, wo es Geld kostet, ist es naturgemäß am schwierigsten, und oft muss man sich hartem Widerstand und politischem Druck entgegenstellen. Das ist auch bei der DPOIG-Forderung

nach einem behutsamen und rechtsstaatlich abgesicherten Ausbau moderner Videoaufklärung der Fall. Aber es ist gut, wenn sich die Politik schließlich doch überzeugen lässt.“ (10/28/17)

VBB: Weitere Bündelung von Dienstposten im gehobenen Dienst in Aussicht

Die Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), im Zuständigkeitsbereich der Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (IUD) die Möglichkeit weiterer Bündelungen von Dienstposten im gehobenen Dienst zu prüfen, hat der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) am 6. September 2017 begrüßt.

Angedacht sei demnach, vormals spitz nach A11 bewertete Dienstposten nach A11/A12 zu bündeln, um somit die für notwendig erachteten Hierarchieebenen nach der generellen Bündelung A9 bis A11 sicherzustellen. Der VBB unterstütze diese Vorgehensweise auch deshalb, weil man in Gesprächen – auch mit der Bundesministerin der Verteidigung Ursula von der Leyen – stets auf notwendige weitere „intelligente“ Bündelungen zur Steigerung der

Attraktivität der Arbeit bei der Bundeswehr gedrungen haben. Gleichzeitig fordere der VBB das BMVg dazu auf, in anderen Organisationsbereichen ebenfalls solche positiven organisatorischen Dotierungsspannen zu prüfen und umzusetzen. Dazu gehöre auch die schon mehrmals durch den VBB angemahnte Bündelung der Dienstposten nach A11/A12 für die Sozialberater im Sozialdienst der Bundeswehr. (11/28/17)

Waldbericht 2017: BDF fordert einheitliche Strategie

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat die Darstellung der großen Bedeutung des Waldes für die Gesellschaft im vom Bundeskabinett verabschiedeten Waldbericht 2017 begrüßt. Es bedürfe aber einer einheitlichen zukunftsweisenden Strategie sowie ausreichend Personal mit entsprechender Qualifikation für deren Umsetzung.

„Wir treten dafür ein, dass die besondere Gemeinwohlverpflichtung für öffentliche Wälder als Daseinsvorsorge im Bundeswaldgesetz geregelt wird“, sagte der BDF-Bundesvorsitzende Ulrich Dohle am 9. September 2017. Künftig sollten private und kommunale Waldeigentümer die Möglichkeit haben, sich auf Wunsch durch staatliche Forstverwaltungen betreuen zu lassen. „Die Klimaschutzleistungen einer nachhaltigen Waldnutzung müssen gesetzlich

gewürdigt werden. Der Wald als Bildungsort muss weiter ausgebaut werden. Wir benötigen neue Berufsbilder und Weiterbildungsmöglichkeiten. Als zentrale Schnittstelle für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu politischen Entscheidungen und zur Umsetzung in die Praxis benötigt Deutschland ein Bundesamt für den Wald (BfW)“, nannte Dohle nur einige der vielfältigen Herausforderungen. (12/28/17)

Namen und Nachrichten

Spitzengespräch bei der Bundeagentur für Arbeit (BA): Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, **Willi Russ**, und die dbb Verhandlungsführerin für BA-Tarifverhandlungen, Siglinde Hasse, haben sich am 31. August 2017 in Nürnberg mit Valerie Holsboer, BA-Vorstand für Ressourcen, und Michael Kühn, Geschäftsführer Personal und Organisationsentwicklung, getroffen. Russ und Hasse thematisierten die unterschiedliche Bezahlung in den Jobcentern, die in der Mischverwaltung der Jobcenter begründet liegt. Dort gibt es zwei Tarifverträge: Für Kommunalbeschäftigte findet der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) Anwendung, während BA-Beschäftigte nach dem TV-BA bezahlt werden. Obwohl die Arbeit inhaltlich gleich ist, werden die kommunalen Beschäftigten so schlechter bezahlt. „Wir fordern gleiches Geld für gleiche Arbeit“, sagte Russ. „Die unterschiedliche Bezahlung ist ein Unding und gehört beendet. Wenn sich das Problem nicht auf tarifvertraglicher Ebene lösen lässt, muss eben die Politik handeln.“ Auch bei der BA sehe man entsprechenden Handlungsbedarf.

Die wissenschaftliche Auswertung verschiedener Beurteilungsstatistiken im öffentlichen Dienst zeigt: Die Leistung von Teilzeitkräften – vorrangig Frauen – wird schlechter bewertet als die von Vollzeitbeschäftigten – mehrheitlich Männer. In der Folge werden männliche Beschäftigte häufiger „beförderungsfähig“ beurteilt. Mit der Fachbroschüre „Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“ hat die **dbb**

bundesfrauenvertretung eine gendersensible Analyse der Beurteilungsroutinen im öffentlichen Dienst vorgelegt. Neben einer intensiven Auseinandersetzung mit den Rechtsgrundlagen der Beurteilungs- und Beförderungssystematik im öffentlichen Dienst setzt die Broschüre auf praxisorientierte Strukturanalysen. Darüber hinaus werden Perspektiven für eine genderechte Führungskultur eröffnet und Wege aus der „Diskriminierungs Falle“ aufgezeigt. In der Debatte über die Bedeutung der dienstlichen Leistungsbeurteilung für Frauenkarrieren werden zudem die Auswirkungen auf den Gender Pay Gap thematisiert. Die Broschüre kann auf dbb.de als PDF heruntergeladen werden.

Der Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft, **Ulrich Silberbach**, hat für die Stimmabgabe bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 geworben: „Wählen gehen und sich damit aktiv an der Entwicklung Deutschlands zu beteiligen, ist ein besonderes Privileg - in vielen anderen Ländern gibt es diese Möglichkeit nicht. Mit Ihrer Wahl bestimmen Sie, wer in den kommenden Jahren die Regierungsgeschäfte führt und verantwortet – bis weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Wählen gehen bedeutet damit auch, Einfluss auf die Politik von morgen und auf die Entwicklung Ihrer eigenen Zukunft zu nehmen. Von diesem Privileg sollten Sie Gebrauch machen und am 24. September Ihre Kreuzchen für eine demokratische Partei setzen.“ (14/28/17)

Kommende Termine:

4. Seniorenpolitische Fachtagung 2017: „Gesund alt werden – von nix kommt nix“

25. September 2017, Berlin

12. dbb Medienkonferenz "Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die Programmqualität?"

4. Oktober 2017, Berlin

dbb Gewerkschaftstag 2017

19. - 21. November 2017, Berlin
